Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 15. Januar 2025, 14:45 Uhr, im Ratssaal Nr. 1/2025

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block
Ratsmitglied Manuel Baruschke
Ratsmitglied Volker Block
Ratsmitglied Norbert Peter Brandt
Ratsmitglied Marvin Hager
Ratsmitglied Christina Heide
Ratsmitglied Birgit Holtz
Ratsmitglied Susanne Kempcke
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Beigeordneter Detlef Schön (anwesend bis TOP 13.7.1)
Ratsmitglied Gabriele Schröder

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Beigeordneter Martin Burkhart (anwesend bis TOP 13.5.2)
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler
Ratsmitglied Walther Schäfer
Ratsmitglied Petra Stomberg
Beigeordneter Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Heidi Bosse
Ratsmitglied Martin Ehlers
Beigeordneter Uwe Heinemann
Ratsmitglied Anja Mandt
Ratsmitglied Sven Schoolmann
Ratsmitglied Jens Stoffers
Ratsmitglied Thomas Suberg
Ratsmitglied Olaf Werner
Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
Ratsvorsitzender Stefan Becker
Beigeordneter Markus Bulla
Ratsmitglied Olaf Fischer
Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges (anwesend ab TOP 13.1.1)
Ratsmitglied Darwin Reinhard (anwesend ab TOP 7)
Beigeordneter Dr. Günther Schulte
Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied AfD-Fraktion
Ratsmitglied Torsten Kastrioti (anwesend bis TOP 13.5.2)
Ratsmitglied Thorsten Moriße
Ratsmitglied Detlef Stump

Dezernent
Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtbaurat Nikša Marušić
Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung
Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereichsleiterin Rechtsamt Marion Winkel-Fiedelak
Betriebsleiter Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Tim Menke
Kfm. Betriebsleiterin Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Petra Burmeister
Kfm. Betriebsleiter Eigenbetrieb Technische Betriebe Wilhelmshaven Holger Kullik

Protokollführerin
Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel
Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Ulf Berner
Ratsmitglied Yannick Lonkai
Ratsmitglied Kristian Stoermer
Ratsmitglied Michael von den Berg

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 5 und 26

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6	Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil	
7	Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 23.10. (fortgesetzt am 29.10.), 27.11. und 09.12.2024	
8	Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)	
9	Aktuelle Stunde	
10	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
11	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
11.1	Bericht "Bearbeitungsstand Ratsanträge"	
14.1	Sachstand Seipelhalle (auf Antrag von Ratsvorsitzendem Becker)	
12	Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)	
12.1	Benennung von Mitgliedern für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Wilhelmshaven	**9/2025**
12.2	43. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2025 in Hannover- Benennung von Abgeordneten und Gästen	**11/2025**
13	Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat	
13.1	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Ratsherr Burkhart)	
13.1.1	Strategie Wilhelmshaven/Friesland	**279/2024**
13.2	Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Beigeordneter Bulla)	
13.2.1	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Robert Reinkemeier	**263/2024**
13.3	Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)	
13.3.1	Umsetzung des EHK Sammeländerung von Bebauungsplänen Satzungsbeschluss	**334/2024**
13.3.2	Flächennutzungsplan 2045 der Stadt Wilhelmshaven auf Grundlage der Fassung der Neubekanntmachung vom 29.11.2024 Aufstellungsbeschluss	**336/2024**
13.4	Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)	
13.4.1	Kanalweg -Verkauf eines Grundstücks im Gebiet westlich Banter Weg – B-Plan Nr. 53 (2. Änderung)	**217/2024**
13.4.2	Antrag der SPD- Fraktion: Vergabe von städtischen Hafenflächen ausschließlich per Erbpacht	**574/2024**
13.4.3	Wirtschaftsplan GGS 2025	**318/2024**
13.5	Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)	
13.5.1	Antrag der SPD-Fraktion: Vorhandenen Raum nutzen: Pavillon in einen Abschiedsraum umwandeln	**575/2024**
13.5.2	Wirtschaftsplan TBW 2025	**327/2024**
13.6	Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)	
13.6.1	Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung Hauptsatzung (Antragsbehandlung des Jugendparlaments)"	**568/2024**
13.6.2	Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlaments"	**569/2024**
13.7	Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)	
13.7.1	Antrag CDU-Fraktion: Waffenverbotszonen um Schulen sowie in und um Jugendeinrichtungen	**572/2024**
13.8	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)	
13.8.1	Ansgaristr. 12, Verlängerung des Mietvertrages für die Flüchtlingsunterkunft	**6/2025**
14	Anträge	
15	Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)	

6 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Oberbürgermeister Feist zog **Tagesordnungspunkt 13.4.1** „Kanalweg -Verkauf eines Grundstücks im Gebiet westlich Banter Weg – B-Plan Nr. 53 (2. Änderung)“ (Vorl.-Nr. 217/2024) zurück.

Herr Becker bat, den **Tagesordnungspunkt 14.1** „Sachstand Seipelhalle (auf Antrag von Ratsvorsitzendem Becker)“ vor die Vorlagen des Verwaltungsausschusses vorzuziehen, um den anwesenden Vertretern des Jugendparlamentes die Möglichkeit zu geben, die Diskussion zu verfolgen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen)

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der geänderten Form festgestellt.

7 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 23.10. (fortgesetzt am 29.10.), 27.11. und 09.12.2024

Die Abstimmung über die Protokolle erfolgte auch hier getrennt:

1) 23.10.2024 (fortgesetzt am 29.10.2024)

Herr Tönjes begann mit dem Verlesen einer Stellungnahme zur Genehmigung des oben angeführten Protokolls in der Ratssitzung am 18.12.2024. Im weiteren Verlauf wurde ihm vom Ratsvorsitzenden aufgrund des fehlenden Zusammenhangs mit der Protokollgenehmigung jedoch das Wort entzogen.

Herr Schönfelder wies darauf hin, dass es bei der Genehmigung des Protokolls um die inhaltliche Prüfung auf Übereinstimmung mit dem Verlauf der Sitzung gehe und ob die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung erfasst seien. Umfassende Anmerkungen, die sich nicht auf den Inhalt des Protokolls beziehen, seien an dieser Stelle fehl am Platz.

Nach Wortmeldungen von **Herrn Tönjes**, **Herrn Block** und **Frau Kloster** wies **Herr Schönfelder** darauf hin, dass die gewünschten Unterlagen bereits den Sitzungsunterlagen beigefügt seien.

Herr Tönjes stellte klar, dass Frau Marxfeld die Änderung eines Satzes beantragt hatte, der in der Sitzung so gar nicht gefallen sei. Zudem beantrage er die Hinzunahme auch seines Schriftstückes ebenfalls zu Protokoll.

Frau Kloster beantragte zudem, die Aufnahme dieser Sitzung nicht zu löschen.

Frau Winkel-Fiedelak wies darauf hin, dass die Beifügung der von Frau Marxfeld gewünschten Schriftstücke nicht vom Rechtsamt geprüft worden sei.

Herr Dr. Weithöner bezog sich auf seine Aussage zu Tagesordnungspunkt 15.2.2, Seite 20, und bat, dort das Wort „plus“ durch das Wort „abzüglich“ zu ersetzen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 23.10.2024 (fortgesetzt am 29.10.2024) wird inklusive der von Herrn Dr. Weithöner beantragten Änderung genehmigt.

2) 27.11.2024

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.11.2024 wird genehmigt.

2) 09.12.2024

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 33 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 09.12.2024 wird genehmigt.

8 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

9 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

10 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

11 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist verwies auf die im Rat am 18.12.2024 vorgenommene Umbesetzung des Grundstücksverkehrsausschusses. Diese entspreche nach Prüfung durch das Rechtsamt nicht den Rechtsvorschriften, so dass im Ergebnis Ratsfrau Mandt weiterhin den Sitz für die CDU-Fraktion in diesem Ausschuss wahrnehme.

11.1 Bericht "Bearbeitungsstand Ratsanträge"

Oberbürgermeister Feist berichtete über den Bearbeitungsstand der Ratsanträge: Für den Bericht seien die Daten aus der Beschlussverfolgung des Ratsinformationssystems für den Zeitraum vom 18.05.2022 (Einführung der Beschlussverfolgung) bis zum 27.11.2024 herangezogen worden. Von den in diesem Zeitraum im Rat behandelten Anträgen sei zu insgesamt 144 Anträgen eine Beschlussfassung erfolgt. Bei 96 Anträgen (66,7 %) sei die Bearbeitung komplett abgeschlossen („erledigt"), 47 Anträge (32,6 %) dauere die Bearbeitung noch an („in Bearbeitung") und lediglich ein Antrag (also 0,7 %) besitze noch den Status „offen". Hier fehle es noch an der Einbindung Dritter.
Die tabellarischen Übersichten können im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung eingesehen werden.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die Herren **Oberbürgermeister Feist, Brandt, Schönfelder, Heinemann, Marušić**, **Burkhart** und **Block**.

14.1 Sachstand Seipelhalle (auf Antrag von Ratsvorsitzendem Becker)

Herr Schönfelder informierte über den aktuellen Sachstand:
Nachdem die Stadt das Objekt erworben habe, sei ein Architekturbüro mit der Erstellung eines Konzepts beauftragt worden. Laut dem mittlerweile vorliegenden Konzept würden für die Herrichtung der Halle 9 bis 10 Mio. Euro für die Herrichtung der Halle benötigt. Zudem benötige das Jugendamt, bei dem der Betrieb der Halle verortet sein werde, zusätzlich jährlich rund 500 T Euro für Miete und Personal. Nach der bereits durch Jugendamt und Jugendparlament erfolgten Befragung zu den gewünschten Nutzungsmöglichkeiten der Halle sei nunmehr eine weitere konkrete Bedarfsermittlung geplant. Darüber hinaus werde versucht, mit den vorhandenen Angeboten und der ebenfalls auf dem Gelände geplanten Beachvolleyballanlage Synergieeffekte zu erzielen. Das Konzept werde dem Rat nach Fertigstellung vorgelegt. Ebenfalls noch offen sei die Frage der Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Kohlestrukturfonds.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich **Herr Stump**, **Herr Schön**, **Herr Schönfelder**, **Herr Werner**, **Frau Mandt**, **Oberbürgermeister Feist**, **Herr Moriße**, **Herr Block**, **Herr Burkhart**, **Herr Hager**, **Herr Ehlers**, **Herr Walpurgis** und **Herr Baruschke**.
Herrn Moriße wurde dabei aufgrund unsachlicher Äußerungen über das Jugendparlament im Verlauf der Diskussion vom Ratsvorsitzenden das Wort entzogen und er wurde durch den Ratsvorsitzenden zur Ordnung gerufen.

12 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Block)

12.1 Benennung von Mitgliedern für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Wilhelmshaven **9/2025**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 13.01.2025 vor.

Herr Bulla erklärte, die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW verzichte auf eine Benennung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Oldenburg, Abteilung Wilhelmshaven, werden vorgeschlagen:

1. **Frau Heike Cordes**
   (auf Vorschlag der SPD-Fraktion)

2. **Frau Petra Stomberg**
   (auf Vorschlag der Gruppe Gemeinsam BUNT)

3. **Frau Brigitte Kunze**
   (auf Vorschlag der CDU-Fraktion)

4. **Frau / Herr ----**
   (auf Vorschlag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW).

12.2 43. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2025 in Hannover- Benennung von Abgeordneten und Gästen **11/2025**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 13.01.2025 vor.

Zwischen **Herrn Tönjes** und **Oberbürgermeister Feist** wurde kurz die Stellung der beiden Delegierten bei der Hauptversammlung diskutiert sowie die Frage, ob diese durch den Rat angewiesen werden müssten. Oberbürgermeister Feist stellte klar, dass es sich nicht um ein gebundenes Mandat handele und die beiden Delegierten bei der Städteversammlung nach eigenem Ermessen agierten.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Fischer** erklärte **Oberbürgermeister Feist** weiterhin, dass der Erste Stadtrat als Verwaltungsvertreter des Oberbürgermeisters fungiere und die Bürgermeisterinnen als seine politischen Vertreterinnen. Daher sei eine Entsendung der Bürgermeisterinnen an seiner statt durchaus korrekt.

Herr Schön fügte ergänzend hinzu, dass für alle übrigen Ratsmitglieder die Möglichkeit bestehe, sich als Gast bei der Städteversammlung einzubringen.

Herr Block sprach den Bürgermeisterinnen das vollste Vertrauen der SPD-Fraktion aus.

Herr Heinemann wies darauf hin, dass es sonst auch nicht üblich sei, durch den Rat das Abstimmungsverhalten bestimmen zu lassen.

Herr Tönjes bat um weitere Prüfung, da eine solche Frage bislang noch nie erörtert worden sei.

Der anschließend von **Herrn Hager** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Schluss der Debatte** wurde bei 31 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen)

Frau Bürgermeisterin Gesche Marxfeld und Frau Bürgermeisterin Astrid Zaage nehmen als Delegierte der Stadt Wilhelmshaven an der 43. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13. bis 15. Mai 2025 in Hannover teil.

Daneben können Ratsmitglieder auf eigene Kosten als Gastdelegierte an der Hauptversammlung teilnehmen.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:10 Uhr bis 16:30 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgten die Beratung der Vorlagen aus den Fachausschüssen.

13 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

13.1 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Ratsherr Burkhart)

13.1.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland **279/2024**

Herr Burkhart beantragte die **Vertagung** dieses Tagesordnungspunktes.

Nach Wortmeldungen von **Herrn Fischer** und **Herrn Heinemann**, der bat, die Zeit zu nutzen, um mit den Fraktionen und Gruppen ins Gespräch zu kommen, wurde der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Burkhart bei 35 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: **vertagt**

I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit dem Landkreis Friesland die gemeinsame Strategie für die „Grüne Region am Meer“ (Anlage A). Sie basiert auf folgenden strategischen Zielen:

1. Wir sind eine offene Gesellschaft mit einem starken Engagement für Mensch, Natur und Kultur.
2. Wir erkennen relevante Transformationsprozesse und nutzen die sich daraus ergebenden Chancen.
3. Wir sorgen für Lebensqualität, Wohlbefinden und touristische Erlebnisse.
4. Wir sorgen für eine hochwertige und inklusive Bildung in der Region.
5. Wir sorgen für Wertschöpfung in der Region und etablieren eine starke, nachhaltig agierende Wirtschaft.
6. Wir verstärken die Zusammenarbeit in einer vernetzten und zugänglichen Region.
7. Wir nehmen unsere besondere Verantwortung für das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer aktiv wahr.

II. Benannte Projekte und Projektideen haben keine Bindungswirkung für den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern benannten Leuchtturmprojekte ist vorrangig und prioritär zu prüfen.

III. Für die Umsetzung der Strategie werden die im beigefügten Strategiedokument benannten Strukturen und Prozesse beschlossen. Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die Gremien eingebracht. Die Verwaltungen koordinieren in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH die Strategieumsetzung.

IV. ~~Die Strategie gilt für einen Zeitraum von sechs Jahren. Im sechsten Jahr ist auf Basis einer Evaluation durch den Rat über eine Fortschreibung zu entscheiden.~~ Die Strategie gilt im Rahmen einer Erprobung zunächst für zwei Jahre. Zum Ende der Erprobungsphase findet eine Evaluation statt. Die Ergebnisse dienen als Entscheidungsgrundlage für die Fortführung der Strategie.

V. Dem Strategierat gehören an:

- Vorsitzende/r
- Handlungsfeldverantwortliche
- Projektleiter Regionalmanagement

- Hauptverwaltungsbeamte Wilhelmshaven und Friesland
- jeweils zwei ~~Mitglieder der Fachausschüsse in Wilhelmshaven und in Friesland~~ vom Rat der Stadt Wilhelmshaven und von dem Landkreis Friesland bestimmte Mitglieder des Lenkungsausschusses Strukturwandel Kohleausstieg

Der Lenkungsausschuss Strukturwandel Kohleausstieg bleibt für die Erprobungsphase bestehen.

VI. Für den Vorsitz und als Handlungsfeldverantwortliche werden für den Strategiezeitraum folgende Personen benannt:

Handlungsfeld	Verantwortliche/r
Vorsitz	Dr. Eva Maria Haarmann
1 - Gesellschaft, Engagement und Zusammenhalt	Ali Kara-Ali
2 – Chancen der Transformation	Prof. Dr. Karsten Oehlert
3 - Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus	Anke Hieronymus
4 – Wissenschaft, Bildung und Fachkräfte	Anke Theiler
5 - Wertschöpfung und Wirtschaft	Britta Bartels
6 - Mobilität und Verkehrswende	Hans-Bernd Kamps
7 - Verantwortung Weltnaturerbe	Michèle Gürth

Der Strategierat gibt sich eine Geschäftsordnung, welche den Gremien zur Kenntnis gegeben wird.

13.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Beigeordneter Bulla)

13.2.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Robert Reinkemeier **263/2024**

Herr Bulla trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 11.11.2024 vor.

Frau Mandt sprach Herrn Reinkemeier auch im Namen des Ortsrates ihren Dank für sein Engagement aus.

Herr Moriße erklärte, er hätte eine Vorstellung im Rat begrüßt.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Herr Robert Reinkemeier wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz zum nächst möglichen Zeitpunkt für die Dauer

von sechs Jahren zum Stellvertretenden Stadtbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

13.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

13.3.1 Umsetzung des EHK Sammeländerung von Bebauungsplänen Satzungsbeschluss **334/2024**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2024 vor.

Herr Burkhart wies auf die schwer erkennbaren Änderungen in „kursiv“ hin und bat, dies künftig besser lesbar darzustellen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Da keine Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren abgegeben wurden, entfällt die sonst an dieser Stelle genannte Abwägung.
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung die Bebauungspläne:
30, 7. vereinfachte Änderung - FLENSBURGER STRASSE –
36A, 2. vereinfachte Änderung - EBKERIEGE WEST -
36C, 1. vereinfachte Änderung - EBKERIEGE-PETERSTRASSE –
40, 8. vereinfachte Änderung - HAVERMONIKENSTRASSE / KOHLENHAFEN –
80, 3. vereinfachte Änderung - GEBIET LADESTRASSE –
80A, 7. vereinfachte Änderung – GÜTERSTRASSE –
94, 1. vereinfachte Änderung - GEWERBEGEBIET SÜDLICH FLUTSTRASSE –
94C, 6. vereinfachte Änderung - GEWERBEGEBIET NIEDERSACHSENDAMM –
166, 2. vereinfachte Änderung - SÜDLICH GROSS BELT –
184, 5. vereinfachte Änderung - HEUWEG WEST –
aufgestellt im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 20.11.2024 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigefügt.

13.3.2 Flächennutzungsplan 2045 der Stadt Wilhelmshaven auf Grundlage der Fassung der Neubekanntmachung vom 29.11.2024 Aufstellungsbeschluss **336/2024**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.12.2024 vor.

Herr Marušić führte weiter zum Thema aus und beantwortete eine Nachfrage von Herrn Tönjes zur Form der Bürgerbeteiligung. Dies werde nach dem Aufstellungsbeschluss erarbeitet.

Herr Bulla begrüßte im Namen seiner Gruppe die Neufassung des Flächennutzungsplans und bat um breite Zustimmung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist, die Aufstellung des „Flächennutzungsplans 2045" für das gesamte Stadtgebiet auf der Grundlage der Fassung der Neubekanntmachung vom 29.11.2024.
Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

13.4 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

13.4.1 Kanalweg -Verkauf eines Grundstücks im Gebiet westlich Banter Weg – B-Plan Nr. 53 (2. Änderung) **217/2024**

zurückgezogen

13.4.2 Antrag der SPD- Fraktion: Vergabe von städtischen Hafenflächen ausschließlich per Erbpacht **574/2024**

Herr Block beantragte die **Vertagung** des Antrages auf die nächste Ratssitzung zur Klärung offener Fragen.

Nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes** und **Fische**r zum Geschäftsordnungsantrag ergänzte Herr Block, dass außerdem zuvor eine Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen sowie im Betriebsausschuss GGS erfolgen solle.

Dem Vertagungsantrag mit Verweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen sowie im Betriebsausschuss GGS wurde daraufhin **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **vertagt**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die Vergabe von städtischen Hafenflächen an Unternehmen zukünftig ausschließlich durch das Instrument der Erbpacht erfolgt. Ein Verkauf dieser Flächen soll ausgeschlossen werden. Ziel dieses Antrags ist es, die

Kontrolle über strategisch wichtige Flächen in städtischer Hand zu behalten und sicherzustellen, dass Hafenflächen im Interesse der Allgemeinheit bewirtschaftet werden.

1. **Beschluss:**
   Der Rat der Stadt beschließt, dass alle städtischen Hafenflächen künftig ausschließlich in Form einer Erbpacht vergeben werden. Ein Verkauf dieser Flächen ist nicht mehr zulässig. Der Geltungsbereich des Antrags umfasst alle Hafenflächen, die sich im Besitz der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften befinden.
2. **Definition „städtische Hafenflächen“:**
   Unter „städtischen Hafenflächen“ werden alle Grundstücke verstanden, die sich im Eigentum der Stadt befinden und sich in räumlicher Nähe zu Hafengebieten befinden oder Hafeninfrastruktur umfassen, einschließlich Lager- und Umschlagsflächen, Betriebsflächen, Hafenbecken, Kaianlagen sowie angrenzende Gewerbe- und Industriestandorte.
3. **Wechseloption für Bestandsunternehmen:**
   Unternehmen, die derzeit eine städtische Hafenfläche auf Basis kurzfristiger Miet- oder Pachtverträge nutzen, sollen die Möglichkeit erhalten, nach einer Prüfung ohne erneute Ausschreibung auf einen Erbpachtvertrag umzustellen. Diese Option soll insbesondere Unternehmen unterstützen, die durch langfristige Vertragslaufzeiten größere Investitionen tätigen möchten und somit zur wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilität des Hafengebietes beitragen.
   - **Prüfung und Voraussetzungen:**
     Vor einer Umstellung auf Erbpacht wird eine rechtliche Prüfung durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Umstellung ohne erneute Ausschreibung im Einklang mit den geltenden Vergaberechtsvorschriften erfolgt. Dabei sind insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen und eventuelle Vereinbarungen mit Dritten zu berücksichtigen.

13.4.3 Wirtschaftsplan GGS 2025 **318/2024**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 05.12.2024 vor.

Herr Schön beantragte für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:
1. Die erforderlichen Mittel für die Kita Potenburg werden in den Wirtschaftsplan GGS aufgenommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Umsetzung der Kita über einen privaten Investor zu ermöglichen."

Oberbürgermeister Feist verwies auf die aktuellen Planungen zur Deckung des Bedarfs und erinnerte daran, dass Grundlage der Bedarfsermittlung die Kindertagesstättenbedarfsplanung des Jugendamtes sei. Das Ergebnis dieser Ermittlung solle zunächst abgewartet werden.

Nachdem **Oberbürgermeister Feist**, **Herr Schönfelder** und **Herr Bruns** einzelne Nachfragen von **Herrn Burkhart**, **Herrn Brandt** und **Herrn Hager** beantwortet hatten, äußerten **Frau Mandt** und **Herr Fischer** ihre Sympathien für diesen Antrag, stimmten den Ausführungen des Oberbürgermeisters jedoch zu. Herr Fischer bat, Fachfragen nicht im Rat zu beraten, sondern dies dem Jugendhilfeausschuss als zuständigem Fachausschuss zu überlassen.

Herr Ehlers beantragte daraufhin die **Verweisung** dieses Änderungsantrages an den Jugendhilfeausschuss, um dies gegebenenfalls in die Kindertagesstättenbedarfsplanung mit einfließen zu lassen.

Nach Wortmeldungen der **Herren Schön**, **Moriße**, **Tönjes** und **Bulla** wurde der **Verweisungsantrag** bei 38 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Herr Fischer stellte anschließend für die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW einen weiteren **Änderungsantrag**:

„Ergänzung im Wirtscha1splan GGS:
Zur Umsetzung des Ratsbeschlusses 562/2024 (Realisierung einer Förderschule mit Schwerpunkt Emotional-Soziale Entwicklung) werden Planungsmittel in Höhe von 50.000 € in den Haushaltsplan GGS 2025 eingestellt."

Herr Burkhart beantragte namens der Gruppe Gemeinsam BUNT, diesen Änderungsantrag wie folgt zu **ändern**:

„Einfügen des nachfolgenden Satzes nach …Haushaltsplan GGS 2025 eingestellt. „Die Planungsmittel des Ratsbeschlusses 562/2024 werden erst nach positiver Rückmeldung (Genehmigungsaussicht) der Landesschulbehörde freigegeben. Ohne eine Genehmigungsaussicht der Schulerweiterung sind diese Mittel nicht zu verwenden."

Frau Mandt, **Herr Schön** und **Herr Bulla** hielten diese Ergänzung für überflüssig.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Burkhart** erklärte **Herr Schönfelder**, es sei eher unwahrscheinlich, dass die Planungsmittel in 2025 eingesetzt werden könnten. Nach Auffassung der Verwaltung bräuchte es die Planungsmittel, wie beantragt, nicht.

Anschließend wurde der **Änderungsantrag der Gruppe Gemeinsam BUNT** bei 8 Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW** wurde bei 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Ein weiterer **Änderungsantrag** für die SPD-Fraktion wurde von **Herrn Brandt** eingebracht:

„Der Ratsbeschlusses 181/2012 wird aufgehoben. Die Bewertung der Stellen für Reinigungskräfte wird bis spätestens 01.04.2025 angepasst. Der Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen wird über die Neubewertung informiert."

Herr Tönjes warf die Frage auf, ob dieser Antrag nicht zunächst an den Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen verwiesen werden solle, um dort die möglichen Auswirkungen zu beraten.

Nachdem **Herr Marušić** kurz die Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan dargelegt hatte, gab **Herr Bruns** zu bedenken, dass der Antrag für den Wirtschaftsplan 2025 wegen des benötigten Vorlaufs noch keine Wirkung entfalten könne. Dies geschehe erst mit den nächsten Plan.

Frau Mandt erklärte, sie hege für diesen Änderungsantrag durchaus Sympathien, doch habe der Betriebsausschuss GGS die Reinigungsleistungen bereits für die nächsten drei Jahre festgelegt, so dass hier keine Eile geboten sei. Sie halte es daher für sinnvoll, die Angelegenheit zunächst in den Fachausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeister Feist gab zu bedenken, dass die Feststellung der Stellenwerte nicht in der Zuständigkeit des Rates liege. Dieser könne allenfalls eine Überprüfung beschließen.

Herr Block wies darauf hin, dass aus diesem Grunde der Antrag entsprechend formuliert sei. Dort sei nicht erwähnt, dass der Rat die Eingruppierung vornehmen wolle.

Herr Bulla signalisierte seine Zustimmung zum Änderungsantrag und sah keine Veranlassung für eine Verweisung an den Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen.

Herr Brandt stimmte den Ausführungen von Herrn Bulla zu. Mit dem Antrag werde nur eine Überprüfung angestoßen und keine Eingruppierung vorgeschrieben.

Frau Mandt beantragte daraufhin die **Verweisung** an den Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen.

Der Verweisungsantrag wurde bei 38 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen **einstimmig angenommen.**

Herr Hager beantragte für die SPD-Fraktion eine weitere **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:
Der Wirtschaftsplan GGS 2025 wird um die Berücksichtigung der erforderlichen Mittel für die Sanierung der Musikschule erweitert."

Herr Schön betonte anschließend den dringenden Bedarf einer Modernisierung.

In Beantwortung einer Frage von **Herrn Tönjes** legten **Herr Marušić** und **Herr Bruns** die finanziellen Auswirkungen dieses Antrages dar.

Auf die Frage von **Herrn Tönjes** nach einer möglichen Gegenfinanzierung machte **Herr Marušić** darauf aufmerksam, dass er keine Möglichkeit sehe, auf eines der im Wirtschaftsplanentwurf enthaltenen, bereits begonnenen Projekte zu verzichten. Daher sei er für alternative Ideen dankbar.

Frau Mandt als Vorsitzende des zuständigen Betriebsausschusses bestätigte dies, obwohl sie ebenfalls durchaus die Notwendigkeit einer Sanierung sehe.

Anschließend wurde weitere Detailfragen zwischen **Herrn Stump**, **Herrn Fischer**, **Oberbürgermeister Feist**, **Herr Schön**, **Herrn Marušić**, **Herrn Walpurgis**, **Frau Schröder**, **Herrn Hager** und **Herrn Tönjes** erörtert.

Der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion wurde daraufhin bei 18 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Ein letzter **Änderungsantrag** wurde von **Herrn Ehlers** für die CDU-Fraktion wie folgt eingebracht:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:
1. *In den Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude werden EUR 500.00",00 für Planungskosten für den Bau/Umbau einer Grundschule auf dem Gelände der ehemaligen Berufsschule in Heppens eingestellt.*
2. *In den Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude werden EUR 100.00,00 für Umbauten bzw. erforderliche Baumaßnahmen an dem Ausweichquartier für die Oberschule Nordseecampus Wilhelmshaven (NCW) in dem Gebäude der ehemaligen Berufsschule in Heppens eingestellt."*

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Burkhart** erinnerte **Herr Schönfelder** an den bestehenden Beschluss, der den Standort Heppens beinhalte. Nachdem er kurz auf das weitere Vorgehen bei der Schulentwicklungsplanung eingegangen war, machte Herr Schönfelder außerdem auf das vorliegende Gutachten aufmerksam, in dem der Standort Heppens aufgrund der Anzahl der Kinder für bedarfsgerecht eingestuft werde. Hier müssten lediglich noch die Schülerzahlen

aufgrund der neuesten Entwicklungen validiert werden. Seiner Ansicht nach gebe es somit keinen Anlass, an dem Standort nicht zu bauen.

Auf den Einwand von **Herrn Burkhart**, dass die Schülerzahlen durch eine entsprechende Anpassung der Schulbezirke sichergestellt werden müsse, erklärte **Herr Schönfelder**, dass dies zum einen bereits mit dem damaligen Beschluss erfolgt sei, zum anderen auch mit den aktuellen Zahlen ohnehin gelinge.

Der von Herrn Ehlers eingebrachte **Änderungsantrag** wurde daraufhin bei 36 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(inklusive Änderungen, bei 29 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen)

1. Der Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Kreditaufnahmen sind in Höhe von 8.798.200 € vorgesehen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 12.500.000 € festgesetzt. Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 9.980.000 € festgesetzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zielgerichtet mit dem Land über eine Übernahme des TWWP nach Fertigstellung zu verhandeln.

13.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Ratsherr Morisse)

13.5.1 Antrag der SPD-Fraktion: Vorhandenen Raum nutzen: Pavillon in einen Abschiedsraum umwandeln **575/2024**

Herr Hager beantragte die **Vertagung** und erneute Beratung im Betriebsausschuss TBW.

Dem Vertagungsantrag wurde bei 40 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: **vertagt**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. Der Pavillon auf dem Friedhof Friedenstraße wird in einen Abschiedsraum umgewandelt.
2. Die Technischen Betriebe werden angewiesen, die räumliche Struktur hierfür zu schaffen und die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

3. Ferner wird die Verwaltung angewiesen, die Friedhofsgebührenordnung anzupassen und den neuen Abschiedsraum aufzunehmen.

13.5.2 Wirtschaftsplan TBW 2025 **327/2024**

Auf die Beschlussvorlage wurde Bezug genommen.

Herr Fischer brachte für die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat beschließt,
die Parkraumgebührenverordnung wird folgendermaßen verändert:
1. *Die gebührenpflichtige Parkzeit wird in Zone I auf 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr festgelegt.*
2. *Die Tagesgebühr für den Wohnmobilparkplatz am Fliegerdeich beträgt künftig 18€.“*

Herr Marušić erinnerte an den verwaltungsseitigen Vorschlag, die Parkzeiten auf 18 Uhr zu begrenzen. Anschließend beschrieb er die Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan und damit auch auf das Haushaltssicherungskonzept, sollte die Parkzeit wie beantragt verkürzt werden. Um Probleme zu vermeiden und die Technischen Betriebe nicht in die Bredouille zu bringen, den Differenzbetrag an anderer Stelle einsparen zu müssen, werde vorgeschlagen, die Parkzeit auf 18 Uhr zu reduzieren und zum Ausgleich das Kameraparken bei touristischen Destinationen als Gegenfinanzierung einzuführen.

Herr Schön und **Herr Heinemann** signalisierten die Unterstützung ihrer Fraktionen zum Änderungsantrag.

Frau Stomberg mahnte, die Kürzung entspreche nicht dem Zeitgeist und löse die Probleme nicht. Die herrschende mangelnde Kauflust resultiere nicht aus den hohen Parkgebühren, sondern aus dem Angebot und den Öffnungszeiten. Ihrer Meinung nach benötige die Innenstadt ein neues Konzept und nicht nur angepasste Parkgebühren.

Herr Bruns stimmte den Ausführungen von **Herrn Marušić** zu. Er wies darauf hin, dass die Mindereinnahmen, die sich bei TBW aus der beantragten Reduzierung ergäben, nicht kompensiert werden könnten. Außerdem könnten Maßnahmen, die zur Haushaltsverbesserung beschlossen wurden, nur schlecht wieder rückgängig gemacht werden.

Anschließend unterbrach der Ratsvorsitzende die Sitzung für eine **Pause von 18:00 Uhr bis 18:15 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Diskussion zum Wirtschaftsplan TBW.

Herr Baruschke stellte den Geschäftsordnungsantrag auf **Ende der Rednerliste**.

Nachdem **Herr Burkhart** sich für die Gruppe „Gemeinsam BUNT" gegen den Geschäftsordnungsantrag ausgesprochen hat, wurde dieser bei 16 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt.**

Laut **Herrn Stump** würden die Parkgebühren ab 18 Uhr dafür sorgen, dass vor allem den Restaurants Einnahmen entgehen.

Frau Dr. Kirstges sei nicht davon überzeugt, dass wir in den Summen wie von Herrn Bruns und Herrn Marusic genannt Einbußen hätten. Wenn es eine moderate Anpassung gäbe, würde man wieder Mehreinnahmen generieren. Es wurde eine Konsolidierung zum letzten Haushalt beschlossen. Diese gelte nicht für die Ewigkeit und könne man wieder ändern. Insbesondere dann, wenn man negative Auswirkungen festgestellt habe. Man wolle auch der Gastronomie und dem Kino die Möglichkeit geben, in Aufwind zu geraten. Sie empfindet es wichtig das freie Parken wie im Antrag um 17 Uhr statt um 18 Uhr zu ermöglichen.

Herr Block sah den Antrag als Schritt in die richtige Richtung. Der City Interessenverein habe sich auch geäußert und auf die schwierige Situation hingewiesen.

Daraufhin gab **Herr Becker** den Ratsvorsitz an **Herrn Schoolmann** ab und teilte mit, dass dieser Änderungsantrag bereits in der Dezembersitzung des Rates enthalten war. Seitens der Verwaltung sei geäußert worden, dass es unschädlich sei, wenn der Antrag verschoben werde. Das Argument, dass es vom Wirtschaftsplan nicht mehr reinpasse entziehe sich Ihm, da die Ankündigung bereits da gewesen sei. Darüber hinaus galt der Beschluss für zwei Jahre. Nun werde ein neuer Haushalt beschlossen. Der Antrag sei Sachgerecht.

Herr Heinemann sähe die Uhrzeit von 17 Uhr auch als denkbaren Kompromiss ein um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und den Gewerbetreibenden wieder in Einklang zu bringen.

Herr Burkhart verwies darauf, dass er grundsätzlich alle Argumente nachvollziehen könne. Durch die Mindereinnahmen könnten dann jedoch nicht mehr alle Maßnahmen bei TBW umgesetzt werden. Er brachte einen **Änderungsantrag** zum Änderungsantrag für die Gruppe „Gemeinsam Bunt" ein, der wie folgt lautet:

1. *Die Parkzeiten werden von 09:00 – 18:00 festgelegt.*
2. *Für die touristischen Parkräume wird eine Parkraumüberwachung mit Kamera eingeführt.*

Herr Schön teilte mit, man werde den Änderungsantrag ablehnen, da der Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW hervorragend sei.

Herr Dr. Weithöner verwies darauf, dass es für eine Kameraüberwachung einen ziemlichen Vorlauf benötige. Man könne ja den Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW. Man könne einen Planungsvorlauf nutzen um in weiteren Jahren eine Automatisierung mit Kameras zu erarbeiten.

Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass er Herrn Burkharts Änderungsantrag zustimmen werde.

Herr Baruschke plädierte für den ersten Änderungsantrag, da man für die Kameraüberwachung einen ziemlichen Vorlauf benötigen und er nicht die Kosten bewerten könne. Der Vorschlag müsse erstmal ausführlich in den Ausschüssen beraten werden.

Herr Marusic informierte, dass der Dienstleister die Infrastruktur auf eigene Kosten aufbaue. Die Einnahmen gehen vollständig an die Stadt und der Dienstleister verdiene an den Bußgeldern bei Nichtzahlung.

Herr Morieß teilte mit, dass die AFD-Fraktion gegen die Gebührenerhöhung gewesen sei und nun den Änderungsantrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW mittragen werde.

Frau Mandt meldete sich zu Wort und gab bekannt, dass die CDU-Fraktion den Änderungsantrag von Herrn Burkhart ablehnen werde aber dem Änderungsantrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW zustimmen werde.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Herrn Ehlers** und **Frau Bakir-Block** wurde der **Änderungsantrag** nach einem abschließenden Wort von **Herrn Burkhart** bei 10 Ja Stimmen und 30 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt.**

Nach einem abschließenden Wortbeitrag von **Herrn Fischer** wurde der **Änderungsantrag** der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW bei 30 Ja-Stimmen, 7 Nein Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen.**

Herr Schoolmann übergab den Ratsvorsitz wieder an **Herrn Becker.**

Frau Mandt bracht daraufhin aus dem Ortsrat folgenden **Änderungsantrag** ein:

Der Ortsrat beschließt:

Die Verwaltung wird an der Straße am Holling in Sengwarden / Wilhelmshaven eine dauerhafte in beide Richtungen messende Messanlage (Smileymessung) installieren.
Die Technischen Betriebe Wilhelmshaven, werden mit der Beschaffung einer solchen Anlage beauftragt

Der **Änderungsantrag** wurde bei 38 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **einstimmig angenommen.**

Daraufhin brachte **Frau Holtz** folgenden **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion ein:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, den Maade Rad- und Wanderweg in den Wirtschaftsplan TBW2025 aufzunehmen. Veranschlagt werden sollen für Planungs- und ggf. Rodungskosten 10.000 Euro bis 20.000 Euro. Ferner sollen im Wirtschaftsplan 2026 für das Gesamtprojekt die entsprechenden Gelder für die weiteren Arbeiten eingestellt werden."

Frau Mandt bat die Verwaltung um eine Einschätzung der Kosten.

Herr Marusic übernahm die Beantwortung und teilte mit, dass der erste Teil umgesetzt werden könne. Mit den Gesamtmaßnahmen tue er sich zum jetzigen Zeitpunkt schwer. Das wäre 2026 zu beschließen.

Herr Walzner verwies darauf, dass sich viele Radwege im desolaten Zustand befänden und man zuerst rangehen solle. Er könne dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Nach einer Diskussion zwischen **Herrn Baruschke, Frau Mandt, Herrn Brandt** und **Herrn Block**, stellte **Frau Mandt** den Geschäftsordnungsantrag auf **Verweisung** in die Ausschüsse UKLB, und BTBW.

Herr Baruschke und **Herr Bulla** stellten sich gegen den Verweisungsantrag, während **Herr Tönjes** mitteilte, dass man gerne zustimmen werde.

Der **Antrag auf Verweisung** wurde bei 23 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen.**

Herr Baruschke brachte folgenden Änderungsantrag für die SPD-Fraktion ein:

„Fortführung des Projekts „Grüner Ring" – Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2025 Die SPD-Fraktion beantragt:

> *1. Die Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) werden beauftragt, den Ausbau des Rundweges „Grüner Ring" in Fedderwardergroden gemäß Beschluss 515/2022 weiterzuführen und die dafür erforderlichen Mittel im Haushalt 2025 bereitzustellen.*
> *2. Die weiteren im Beschluss 515/2022 aufgeführten Maßnahmen zur Entwicklung und Attraktivitätssteigerung des Grünen Rings werden ebenfalls fortgesetzt und im Rahmen der Wirtschaftsplan 2025 berücksichtigt."*

Auf die Nachfrage von **Frau Mandt,** wann es ohne den Antrag weitergehen werde, antwortete **Herr Menke,** dass man in die in den Jahren 2023 und 2024 schon 2,7 Millionen Euro für Wegebau- und Straßenbeleuchtungsmaßnahmen eingestellt habe. Das Thema sei voll in der Umsetzung in soll nächstes Jahr abgeschlossen sein. Im Wirtschaftsplan 2025 seien für den „Grünen Ring" 500.000 Euro veranschlagt.

Herr Tönjes stellte die Nachfrage, dass die Mittel längst im Wirtschaftsplan eingestellt und der Antrag obsolet sei? Dies bestätigte **Herr Menke.**
Nach weiteren Wortmeldungen von **Herrn Walzner, Herrn Baruschke** und **Herrn Menke** zog **Herr Baruschke** den **Änderungsantrag** zurück.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen)

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2025 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **15.268.131 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **5.000.000 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

13.6 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

13.6.1 Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung Hauptsatzung **568/2024** (Antragsbehandlung des Jugendparlaments)"

Herr Tönjes bracht den Antrag der Gruppe „Die BUNTEN“ ein.

Herr Hager fügte hinzu, dass der Jugendhilfeausschuss der Vorlage zugestimmt habe.

Frau Schröder lobte die Arbeit des Jugendparlaments, brachte jedoch den Einwand ein, dass wenn man dem Antrag zustimme, müssten auch andere Beiräte die gleiche Möglichkeit haben. Sie stellte die Frage in die Runde, ob man das wolle.

Nach einer dem Antrag zustimmenden Wortmeldung von **Frau Stomberg** teilte **Herr Schön** mit, dass die SPD-Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Fischer plädierte für den Antrag. Es handle sich um einen maßvollen Antrag. Eine entsprechende Eingabebeschwerde müsse man aufgrund der nicht Öffentlichkeit des Verwaltungsausschusses außerhalb behandeln, da man sonst nicht drüber diskutieren könne.

Herr Moriße teilte mit, dass die AFD-Fraktion den Antrag ablehne.

Herr Stoffers führte aus, dass das Jugendparlament ein Regelwerk an die Hand bekommen solle um ihre Arbeit vernünftig durchführen zu können um entsprechend gehört zu werden. Jede Person habe das Recht sich mit Anregungen und Beschwerden an die Kommunen zu wenden. Das beziehe sich auch auf Jugendliche und Kinder. Somit habe man auch ohne diesen Antrag bereits diese Regelung.

Frau Zaage teilte mit, dass der Antrag überflüssig sei.

Herr Heinemann berichtete, dass der Seniorenbeirat bei Bedenken nicht gehört zu werden, dass Thema einem Ratsmitglied mitgäbe um dies entsprechend einzubringen.

Frau Sanchez-Mengeler teilt mit, dass es eine Wertschätzung und eine Aufwertung des Jugendparlaments sei, wenn diese die Möglichkeit hätten Ihre Anliegen im Rat diskutiert zu bekommen.

Nach weiteren Wortmeldungen von **Herrn Baruschke** und **Frau Zaage** hatte **Herr Tönjes** abschließend das Wort und verwies darauf, dass in der Hauptsatzung festgelegt sei, dass der Verwaltungsausschuss für Anfragen nach §34 NkomVG zuständig sei. Der Ausschuss tage jedoch nicht öffentlich und mit dem Antrag solle das Jugendparlament die Ausnahme erhalten, die Anfragen direkt im Rat einbringen zu können.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt
(Bei 14 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Die Mitglieder der Gruppe Gemeinsam BUNT stimmte dem Antrag zu.)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt

1. § 9 der Hauptsatzung wie folgt zu ändern:

   Ergänzung zu Absatz (5):

   Der bisherige Absatz (5) soll um folgenden Satz ergänzt werden:

   „Anträge die durch das Jugendparlament Wilhelmshaven eingereicht werden, sind als Anregungen oder Beschwerden gemäß § 34 NKomVG zu behandeln. Abweichend von der sonstigen Regelung sind diese nicht durch den Verwaltungsausschuss, sondern öffentlich durch den Rat der Stadt Wilhelmshaven zu beraten und zu beschließen.“

2. Die Verwaltung passt die Geschäftsordnung des Jugendparlaments an und legt sie dem Rat zur Beschlussfassung in der Dezembersitzung 2024 vor.

13.6.2 Antrag Gruppe Die BUNTEN: "Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlaments" **569/2024**

Herr Tönjes brachte den Antrag der Gruppe „die BUNTEN“ ein und beantragte folgende redaktionelle Änderung von „Dezembersitzung 2024“ in „schnellstmöglich“.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt
(Bei 14 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Die Mitglieder der Gruppe Gemeinsam BUNT stimmte dem Antrag zu.)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
die Verwaltung passt die Geschäftsordnung des Jugendparlaments an und legt sie dem Rat zur Beschlussfassung in der Dezembersitzung 2024 vor.

13.7 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

13.7.1 Antrag CDU-Fraktion: Waffenverbotszonen um Schulen sowie in und um Jugendeinrichtungen **572/2024**

Herr Ehlers stellte einen Antrag auf **Verweisung** in den Schulausschuss damit die Polizei zu dem Thema nochmal gehört werden solle.

Herr Hager sprach sich für die Verweisung in den Schulausschuss aus.

Es folgten zwei weitere Wortmeldungen von **Herrn Morisse** und **Herrn Walzner** die sich gegen den Ursprungsantrag aussprachen.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**
(bei 29 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Stadt Wilhelmshaven errichtet dem Grundsatz nach um alle Schulen der Stadt Wilhelmshaven sowie in den und um die Jugendeinrichtungen Wilhelmshavens Waffenverbotszonen.
2. Die räumliche Ausdehnung und den zeitlichen Umfang dieser Waffenverbotszonen beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven nach Vorlage eines entsprechenden Satzungsentwurfes durch die Verwaltung.
3. Der Satzungsentwurf ist bis zum Ende des ersten Quartals 2025 durch die Verwaltung in den Rat einzubringen.

13.8 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)

13.8.1 Ansgaristr. 12, Verlängerung des Mietvertrages für die Flüchtlingsunterkunft **6/2025**

Herr Heinemann brachte die Beschlussvorlage aus dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 13.01.2025 ein.

Herr Brandt richtete die Frage an die Verwaltung, ob die Arbeitszeitverträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter automatisch verlängert oder besser entfristet werden.

Herr Schönfelder teilte mit, dass nach seiner Erinnerung ein Ratsbeschluss vorläge, damit die Stellen nach Prüfung entfristet werden sollen.

Herr Fischer brachte für die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW folgenden Änderungsantrag ein:

„Die Verwaltung prüft, ob im Falle des Leerstands eines zusammenhängenden Bereichs eine anderweitige Nutzung, beispielsweise für internationale Gäste der Jade Hochschule, möglich ist."

Herr Moriße teilte mit, dass laut seiner Meinung das ganz nicht funktionieren könne und die AFD-Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Herr Tönjes richtete als Frage an die Verwaltung, ob eine Prüfung unproblematisch sei oder ob es bereits eine Einschätzung gäbe.

Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass er den Gedankengang soweit in Ordnung fände, er aber Zweifel habe ob dies ein Änderungsantrag sei, da es hier um eine Verlängerung des Mietvertrages ginge. Er würde sich wünschen, dass man das erstmal im Fachausschuss diskutiere.

Frau Mandt meldete sich zu Wort, dass der Antrag eine gute Idee sei, aber sie bat dennoch darum, den Änderungsantrag vom Beschluss abzukoppeln um diesen dann als Antrag im Fachausschuss einzubringen.

Herr Baruschke sei zwar kein Freund von Prüfaufträgen, er fände aber diesen Antrag gut und sinnvoll. Es sei keine Komplexität dahinter die eine Erstberatung in den Fachausschüssen nötig mache.

Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass er die Verweisung an die Fachausschüsse weiterhin als besser empfinde. Auf dem Weg könne die Politik direkt mitdiskutieren.

Frau Dr. Kirstges sagte, dass man auch nach der Prüfung noch in den Ausschüssen darüber sprechen könne.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Brandt**, der Frau Dr. Kirstges zustimmte, teilte **Herr Suberg** mit, dass er den Antrag nachvollziehen könne, es erschließe sich Ihm jedoch nicht, was das mit dem Ursprungsantrag zu tun habe.

Nach einer Erläuterung von **Herrn Marušić,** dass man aus seiner Sicht einen Zusammenhang herstellen könne, wurde der **Änderungsantrag** nach einem abschließenden Wort von **Herrn Fischer** bei 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich angenommen.**

Herr Moriße bezweifelte die Gültigkeit nach dem Änderungsantrag.

Abschließend bedankten sich **Frau Mandt** und **Herr Tönjes** für die rechtzeitig eingebrachte Vorlage.

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag
(bei 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung)

Die Option aus dem Mietvertrag über die Ansgaristr. 12 (Flüchtlingsunterkunft) auf Verlängerung des Mietverhältnisses um ein weiteres Jahr soll gezogen werden. Änderungen der aktuellen Konditionen sind in dem Vertrag nicht vorgesehen (die mtl. Miete beträgt 40.000 €, der Abschlag auf Nebenkosten 14.920 €

Die Verwaltung prüft, ob im Falle des Leerstands eines zusammenhängenden Bereichs eine anderweitige Nutzung, beispielsweise für internationale Gäste der Jade Hochschule, möglich ist.

(geändert auf Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP und FW in der Ratssitzung vom 15.01.2025)

14 Anträge

(TOP 14.1. wurde vorgezogen!)

15 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Da keine Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Ende der Sitzung: 19:38 Uhr

gez.	gez.	gez. / gez.
Becker Ratsvorsitzender	Feist Oberbürgermeister	Rogel/Ajwasow Protokoll